

OBAMA-REDE Überfällig

Es war höchste Zeit für Barack Obama, seinen Standort im Kampf gegen den Terror wieder klar zu formulieren. Seine Entscheidung, das Gefangenenlager Guantanamo zu schließen, war für ihn zum Bumerang geworden. Den Republikanern ist es gelungen, den Amerikanern zu suggerieren, dass die unschönen Methoden von George W. Bush letztlich nur der Sicherheit dienten. Obama hat dies überzeugend widerlegt. Doch seine Rede zeugt davon, dass ihm eine schwierige Gratwanderung bevorsteht.

Der Präsident will rechtsstaatliche Prinzipien hochhalten, aber er deutet auch an, dass der Kampf gegen den Terror eigenen Gesetzen folgt. Seine Worte werden eher jene beruhigen, die sich einen harten Präsidenten wünschen, als jene, die ihn bereits in Bushs Fußstapfen sehen. Vor wenigen Wochen herrschte in den USA noch weithin Einigkeit, dass Folter und ähnliche Methoden der Sicherheit der USA eher geschadet haben. Nun aber reicht bis in die Reihen der Demokraten die Ansicht, dass man gefährliche Verdächtige nicht im Lande dulden sollte. Inhaftierte Terroristen, so heißt es, könnten ein Magnet für Anschläge werden.

Doch Terroristen reisen nicht vor die Tore eines Hochsicherheitsgefängnisses. Sie suchen ihre Ziele anderswo – das haben die Festnahmen in New York gezeigt. Es wird höchste Zeit, dass sich die Amerikaner von der Illusion verabschieden, in Guantanamo seien die Gefahren des Terrors sozusagen in Quarantäne gewesen.

ANDREAS GELDNER

ANDERE ANSICHTEN Süddeutsche Zeitung

zu Obama: „Der Senat hat Obama mit überwältigender Mehrheit das Geld zur Schließung von Guantanamo verweigert. Das heißt, der Widerstand kommt nicht nur von Republikanern, die George W. Bushs unseliges Erbe verteidigen, sondern auch von seinen Parteifreunden. Obama muss die Sorgen ernst nehmen. Er muss Kompromisse machen. Aber im Grundsätzlichen darf er nicht wackeln. Er muss Guantanamo schließen, die Gefangenen haben das Recht auf einen fairen Prozess.“

ZUR PERSON

Silvio Berlusconi, italienischer Regierungschef, hat die Flüchtlingscamps in Italien mit Konzentrationslagern verglichen. Es sei besser, die Einwanderer in ihre Herkunftsländer zurückzubringen und dort ihre Asylanträge zu prüfen, sagte Berlusconi am Dienstagabend nach einem Treffen mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in L'Aquila. Er wolle nicht böse sein, aber er müsse sagen, „dass die Identifikationslager Konzentrationslagern ähneln“. Würden die Asylanträge der Flüchtlinge in Libyen geprüft, blieben ihnen die „Unannehmlichkeit“ erspart, in einem Lager in Italien eingesperrt zu sein. Seit Anfang Mai hat Italien Hunderte Bootsflüchtlinge nach einer verschärften Abschieberegulation nach Libyen zurückgeschickt. Die Vereinbarung ist Teil eines Abkommens zwischen Italien und dem nordafrikanischen Land, das im August unterzeichnet wurde. 2008 kamen fast 37 000 Flüchtlinge über den Seeweg nach Italien, rund drei Viertel mehr als noch im Jahr zuvor. Berlusconi hat schon häufig mit bizarren Äußerungen für Empörung gesorgt. Im April verglich er die Lage in den Abruzzen nach dem Erdbeben mit einem Campingurlaub. ap



„Dschihad“ in New York vereitelt

Vier Männer verhaftet / Informant beschaffte unwirksamen Plastiksprengstoff und eine Rakete

VON TOM MCELROY UND ANDREAS GELDNER

Washington/New York. Terrorfahnder haben in New York vier Männer verhaftet, die den schwersten Anschlag seit dem 11. September geplant haben sollen. Ihre Ziele waren nach Polizeiangaben eine Synagoge im Stadtteil Bronx und Militärjets auf einem nördlich von New York gelegenen Stützpunkt der Nationalgarde. Der Zerschlagung der Gruppe gingen einjährige Ermittlungen voraus.

Der New Yorker Polizeichef Raymond Kelly sagte am Donnerstag, die bereits unter Anklage gestellten Männer hätten einen „Dschihad“ geplant, also einen „Heiligen Krieg“ gegen Feinde des Islams. Ein Regierungsbeamter sagte, drei der Männer seien zum Islam übergetreten. Einer der Verhafteten stammte aus Haiti, drei sind US-Amerikaner. Sie hatten keine Verbindung zu ausländischen Terrornetzwerken. Kelly zitierte einen der Verdächtigen mit den Worten: „Wenn Juden bei diesem Angriff getötet werden, wäre dies in Ordnung.“

Die Beschuldigten hätten eine Synagoge und ein jüdisches Gemeindezentrum in der Bronx mit dem Plastiksprengstoff C-4 angreifen wollen, sagte Staatsanwalt Lev Dassin. Außerdem planten sie nach Angaben der Behörden den Kauf von Boden-Luft-Raketen des Typs Stinger, um Flugzeuge der Air National Guard abzuschießen, die auf dem Stützpunkt Stewart stationiert sind, etwa 110 Kilometer nördlich von New York.

Um an den Sprengstoff und an die Raketen zu gelangen, nahmen die Terrorverdächtigen Kontakt mit einem Informanten der Ermittlungsbehörden auf. Das FBI und andere Behörden überwachten die Männer und stellten ihnen unschädlich gemachten Plastiksprengstoff C-4 und eine nicht funktionsfähige Rakete bereit.

Bereits im Juni vergangenen Jahres traf der Informant den Angaben zufolge einen der beschuldigten Männer, James Cromitie, in Newburgh. Dabei sagte Cromitie, dass seine Eltern in Afghanistan gelebt hätten und er wegen des Vorgehens der USA in diesem Land sowie in Pakistan sehr aufgebracht sei. Die anderen Angeklagten heißen David Williams, Onta Williams und Laguerre Payen – alle kommen aus Newburgh. Im Oktober 2008 traf der Informant mit den Beschuldigten in einem Haus in Newburgh zusammen, das mit versteckten Anlagen zur Video- und Audioüberwachung präpariert war.

Im April 2009 sollen die vier Männer dann ihre Ziele bestimmt haben. Danach beobachteten sie auch den Stützpunkt der Air National Guard. „Dies war eine lange, sorgfältig geplante Ermittlung, und sie zeigt, wie real die Bedrohung durch Terroristen aus dem eigenen Land ist“, sagte der republikanische Abgeordnete Peter King, Mitglied des Ausschusses für Heimatschutz im Repräsentantenhaus.



Fahndungserfolg in Manhattan: David Williams, einer der Terrorverdächtigen, nach der Festnahme in New York.

ap

Der US-Präsident geht in die Offensive

Mit scharfen Angriffen gegen die Regierung seines Vorgängers hat sich US-Präsident Barack Obama gegen die wachsende Kritik an seiner Guantanamo-Politik zur Wehr gesetzt. In einer Rede bezeichnete Obama die Schließung des Lagers am Donnerstag als alternatives und warf seinen Kritikern vor, ein „Klima der Furcht“ zu schaffen. Am Vortag hatte sein Guantanamo-Plan im US-Senat eine empfindliche Niederlage erlitten.

Obama räumte „Schwierigkeiten“ bei der Schließung von Guantanamo ein, hielt aber demonstrativ an seinem Plan fest, mutmaßliche Terroristen in Hochsicherheitsgefängnissen in den USA zu verlegen. Der Präsident versuchte Sorgen zu beschwichtigen, dass der geplante

Transfer ein Sicherheitsrisiko darstelle. „Wir werden niemanden freilassen, der unsere nationale Sicherheit gefährden könnte“, beteuerte er. In US-Gefängnissen saßen bereits Hunderte weiterer verurteilter Terroristen sicher ein.

Ausdrücklich kritisierte Obama die Politik seines Vorgängers George W. Bush, dem er die Verantwortung für die Probleme zuwies: „Wir müssen nun etwas aufräumen, das schlichtweg ein Schlamassel ist, ein fehlgeleitetes Experiment, das uns eine Flut von Gerichtsverfahren eingebracht hat.“ Er warf der Bush-Regierung vor, „zu oft Entscheidungen auf der Basis von Furcht anstelle von Weitblick getroffen“ zu haben. Diese Furcht werde nun

wieder von seinen Gegnern geschürt, um die Pläne zur Schließung von Guantanamo zu untergraben.

Mit der kurzfristig anberaumten Rede versuchte Obama, nach Rückschlüssen in der Guantanamo-Politik wieder in die Offensive zu kommen. Mit den Stimmen seiner Demokraten hatte der US-Senat die von Obama beantragte Freigabe von Finanzmitteln für die Guantanamo-Schließung vorläufig verweigert. Die Senatoren verlangten einen detaillierten Plan über den weiteren Verbleib der 240 restlichen Insassen. Die „New York Times“ veröffentlichte zudem einen internen Bericht des Pentagon, nach dem 74 der 534 bislang entlassenen Gefangenen nach ihrer Rückkehr ins Ausland wieder terroristisch aktiv sind. ag

Israel verhandlungsbereit

Netanjahu: „Wir sprechen sofort auch mit Syrien“

Tel Aviv (rtr/ap). Israel ist nach eigenen Angaben ohne Vorbedingungen zu sofortigen Friedensgesprächen mit Syrien bereit. Nach seiner Rückkehr von einem Treffen mit US-Präsident Barack Obama sagte Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu am Mittwoch: „Ich habe gesagt, ich sei bereit, ohne Vorbedingungen umgehend Friedensgespräche mit den Palästinensern zu beginnen – und nebenbei, auch mit den Syrern natürlich.“ Jedwedes Abkommen müsse aber unter Beachtung der israelischen Sicherheitsbedürfnisse zustande kommen, fügte Netanjahu hinzu. Für Syrien ist die Rückgabe der Golan-Höhen die

Grundvoraussetzung für einen Friedensvertrag. Netanjahu hat dies bislang mehrfach abgelehnt. Israel hat die wasserreiche Hochebene an seiner nordöstlichen Grenze zu Syrien im Sechs-Tage-Krieg des Jahres 1967 besetzt und 1981 einseitig annektiert.

● Siedlungsaußenposten geräumt: Die israelische Polizei hat am Donnerstag eine „wilde“ Siedlung im Westjordanland geräumt. Sieben Blechhütten seien abgebaut worden, teilte ein Polizeisprecher mit. Der Außenposten Maos Ester nahe der Siedlung Kochav Haschahar östlich von Ramallah sei ohne Genehmigung der Regierung errichtet worden.

Regierungskrise in Estland

Koalition wegen Finanzschwierigkeiten vor dem Bruch

Tallinn (dpa). Estlands Regierung steht wegen der Finanzkrise vor dem Bruch. Ministerpräsident Andrus Ansip hat die Entlassung von drei sozialdemokratischen Ministern wegen eines Koalitionsstreits um die Finanzkrise angekündigt. Wie Ansip am Donnerstag in Tallinn ankündigte, will er von Staatspräsident Toomas Hendrik Ilves den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung erbitten. Als wahrscheinlich gilt in Tallinn der Eintritt der bürgerlichen Vaterlandsunion in eine Koalition mit Ansips liberaler Reformpartei und der nationalkonservativen Vaterlandsliste („Res Publika“).

Estland ist massiv von der internationalen Finanzkrise betroffen und muss für Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) harte Auflagen bei der Kürzung der Staatsausgaben erfüllen.

Dabei verweigern die Sozialdemokraten als kleinste von drei Koalitionsparteien die Zustimmung zu Verschärfungen der Arbeitsgesetze sowie verschiedenen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen über 3,3 Milliarden Kronen (217 Mio Euro). Im benachbarten Lettland brach im Februar eine Regierung im Gefolge der Finanzkrise auseinander. ap

Mehr als 60 Tote bei Anschlägen in Bagdad

Bagdad (ap). Bei Bombenanschlägen im Irak sind in zwei Tagen mehr als 60 Menschen getötet worden. Die Gewalt richtete sich gegen die schiitische Mehrheitsbevölkerung, gegen die US-Streitkräfte, die irakische Polizei sowie gegen Sunniten, die mit den US-Streitkräften zusammenarbeiten.

Die jüngste Serie von Anschlägen begann am Mittwochabend mit der Explosion einer Autobombe vor einem Restaurant im weitgehend von Schiiten bewohnten Bagdader Stadtteil Schula. Nach Polizeiangaben kamen 41 Menschen ums Leben, Dutzende wurden verletzt. Die Wucht der Explosion riss die Vorderfront des Gebäudes ab. Ein weiterer Anschlag richtete sich am Donnerstag gegen eine Fußpatrouille der US-Streitkräfte im südlichen Stadtteil Dora. Die Bombe explodierte auf einem Marktplatz. Dabei wurden nach Polizeiangaben zwölf Zivilpersonen getötet. Bei einem Anschlag auf eine Polizeiwache im Westen von Bagdad kamen drei Polizisten ums Leben, 19 wurden verletzt. Der Sprengsatz sei in einem Mülleimer in das Gebäude gebracht worden, sagte ein Beamter. Bei einem Selbstmordanschlag in der irakischen Stadt Kirkuk wurden am Donnerstag sieben Mitglieder einer paramilitärischen Miliz getötet.

AUSLAND

Mann überfällt Präsidentsamt

In Serbien ist ein Anschlag auf den Sitz von Präsident Boris Tadic vereitelt worden. Nach Angaben einer Sprecherin konnten am Donnerstag Polizisten einen Mann entwaffnen, der sich mit einer entschulten Handgranate Zugang zum Präsidentsamt in Belgrad verschafft hatte. Eine weitere Handgranate sei vom Sicherheitspersonal in der Nähe des Eingangs gesichert worden. Der 57-jährige Geschäftsmann hatte das Gebäude gegen Mittag betreten und damit gedroht, die Sprengsätze zu zünden. ap

Kuba weist Agenten aus

Kuba hat Presseberichten zufolge mehrere spanische Geheimagenten ausgewiesen, die im Einsatz gegen dort lebende Mitglieder der baskischen Untergrundorganisation ETA waren. Die kubanischen Stellen seien nicht über die Mission informiert worden, berichtete am Donnerstag die Madrider Zeitung „El Mundo“. Der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos bestätigte, dass eine Gruppe Agenten die Insel verlassen habe. Dies sei ein ganz normaler Vorgang gewesen. dpa

Terrorverdächtiger gefasst

Fünf Jahre nach den islamistischen Anschlägen auf vier Madrider Pendlerzüge ist einer der damals geflüchteten mutmaßlichen Terroristen gefasst worden. Der 31-jährige Mohammed Belhadj sei in Syrien festgenommen und an sein Heimatland Marokko ausgeliefert worden, berichteten spanische Medien. Bei den Attentaten am 11. März 2004 waren 191 Menschen getötet und mehr als 1800 verletzt worden. Die Polizei in Spanien hatte seitdem mit internationalem Haftbefehl nach Belhadj gefahndet. dpa

Iran testet neue Rakete

Ungeachtet aller internationaler Warnungen hat die Iran eine neue Rakete mit einer Reichweite von rund 2000 Kilometern getestet. Staatschef Mahmud Ahmadinedschad verkündete den erfolgreichen Start persönlich im Rundfunk, was Beobachter vor allem als politisches Schachzug vor der Präsidentenwahl am 12. Juni werten. Die USA reagierten besorgt und warnen vor einem Wettrüsten im Nahen und Mittleren Osten. Mit der Rakete könnten Israel, regionale US-Stützpunkte und Europa erreicht werden. ap

DIE WAHL BEOBACHTER

Der lange Arm aus Brüssel

Wie die EU in die Kommunen hineinregiert – und die Region Hannover ihre Interessen wahrnimmt

VON DANIEL BEHRENDT

Brüssel, die EU, die Verordnungen: Das alles scheint unendlich fern im beschaulichen Hannover. Doch die Regeln der europäischen Staatengemeinschaft wirken nahezu überall – gleich, ob wir beim Metzger unseres Vertrauens ein Pfund Hackfleisch kaufen, das nach den strengen Lebensmittel- und Hygienerichtlinien der EU hergestellt und gelagert werden muss, oder einen Sprung in den Maschsee wagen, dessen kühlende Fluten zuvor nach den Kriterien der EU-Badegewässerverordnung auf Keime, Chemierückstände und ähnlich Unappetliches untersucht wurden.

„70, vielleicht 80 Prozent des Rechtswortes, um dessen Umsetzung und Einhaltung wir uns täglich kümmern, kommt aus Brüssel und Straßburg“, sagt Andreas Listing. Der eloquente Endvierziger mit dem akkurat gezogenen Scheitel muss es wissen – schließlich leitet der Jurist das Team für Europaangelegenheiten der Region Hannover. Die Abteilung ist mit gerade einmal vier Mitarbeitern zwar klein, aber dennoch von einiger Bedeutung für die Region Hannover. Der Europarechtsexperte Listing und seine Kollegen sind Mittelsleute zwischen der Region und Brüssel. Einer-

seits hält das Quartett die Regionsverwaltung in Sachen Europapolitik auf dem neuesten Stand, auf der anderen Seite vertreten die hannoverschen Europaexperten die Interessen der Region in Brüssel und schalten sich, wann immer es geht, in Entscheidungsprozesse ein.

Lohnend ist das Engagement allein schon wegen der üppigen Fördermittel, die aus den Töpfen der EU in die Kommunen der Mitgliedsstaaten fließen. Seit 2007 erhält die Region Hannover Geld aus dem Efre-Fonds (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung). Die Richtlinien für den Bezug von Efre-Mitteln sind recht großzügig gesteckt, wie ein Blick auf die Region Hannover beweist: Mit 48 Millionen Euro wurden neben 23 kleinen und mittelständischen Unternehmen so unterschiedliche Maßnahmen wie das Stadtentwicklungsprojekt „Grüne Mitte Hainholz“, Naturtourismus am Steinhuder Meer und die Alaska-Landschaft „Yukon Bay“ des Zoos gefördert.

Fördermittel und Verordnungen sind freilich nicht alles, was die Region Hannover an die EU bindet. Ebenso wichtig

sei es, sich in den sich zwischen Politikern, EU-Beamten und Lobbyisten entspannenden Netzwerken Brüssels zu bewegen, um dort mit den Pfunden Hannovers zu wuchern, sagt Andreas Listing, dessen Europa-Begeisterung in den achtziger Jahren beim Jurastudium in Straßburg entflammte. „Wir versuchen, unsere Stärken, unsere Alleinstellungsmerkmale herauszukehren“, sagt Listing und nennt als Beispiel das weithin anerkannte Verkehrskonzept Hannovers. „Da haben wir auch auf europäischer Ebene einiges an Wissen und Erfahrung weiterzugeben.“ Eine Gelegenheit, die Region Hannover in Brüssel als zugleich umweltbewusst und mobilitätsfreundliche Stadt mit einem der europaweit fort-



EUROPAWAHL 7. JUNI 2009

schrittlichsten Bus-, U-Bahn- und Radwegenetzen zu profilieren, bot sich vor zwei Jahren, als die EU-Kommission mit einem ihrer Thesenpapiere, den sogenannten Grünbüchern, eine Diskussion über ökologisch verantwortungsbewusst-

Verkehrskonzepte in Ballungsräumen anstieß.

Zumeist bilden die von den EU-Kommissaren herausgegebenen Grünbücher und der durch sie in Gang gebrachte Meinungsbildungsprozess die Grundlage für die Weißbücher, die Vorschläge für ein einheitliches Vorgehen aller Mitgliedstaaten enthalten. Nicht selten resultieren aus ihnen Verordnungen, die in das Gesetzwerk der einzelnen EU-Staaten eingearbeitet und von den Kommunen umgesetzt werden müssen.

Wie nachhaltig sich eine Verordnung aus Brüssel auf die Region Hannover auswirken kann, zeigt die sogenannte Umweltzone, die seit Beginn vergangener Jahre Autos mit überhöhtem Schadstoffausstoß aus dem Stadtgebiet verbant. Hintergrund der von vielen Fahrzeughaltern kritisierten Maßnahme ist die 1999 erlassene EU-Feinstaubrichtlinie. Mit der Umsetzung der Verordnung in deutsches Recht wurde vom Bund festgelegt, dass bei Überschreiten der Grenzwerte – wie beispielsweise in Hannover – ein Luftreinhalteplan aufzustellen ist, der eine Reduzierung der Schadstoff- erwartungen lässt.

Weiteres zur Europawahl unter www.niedersachsen-waehl-europa.de und unter MAZ.de

Nächster Teil der Europa-Serie: Neue Medien für das alte Europa



Bis hinein in die Kommunen: Gesetzgebung im Europaparlament. rtr

ZUR WAHL

Erika Mann, SPD-Abgeordnete aus Bad Gandersheim, ist die europapolitisch erfahrene Sozialdemokratin in Niedersachsen. Die 58-jährige Europaabgeordnete gehört dem Parlament seit 1994 an.



Die Handlungsexpertin der sozialdemokratischen Fraktion in Europa kennt das politische Geschäft zwischen Brüssel und Hannover genau, hat aber auch die internationale Politik mit guten Kontakten in die USA und in die Runden der Welthandelsorganisation WTO im Blick. Immer wieder hat Mann, die Pädagogik und Philosophie studiert hat und als Beraterin im Telekommunikationsbereich tätig war, sich für niedersächsische Unternehmen sowie Wissenschaft und Forschung im Land eingesetzt. Erika Mann zählt zu den drei niedersächsischen Kandidaten der Sozialdemokraten mit aussichtsreichen Plätzen auf der Liste ihrer Partei. Warum sie ihre Arbeit interessant findet? „Weil ich in Brüssel Niedersachsen jeden Tag auf dem Schreibtisch habe.“ hoc